



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/297 - 22.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Parteidiskussion	S. 1
Italien am Jahreswechsel	S. 4
Österreichische Bilanz	S. 6

Parteidiskussion - drinnen und draußen

Von Willi Fichler, Mitglied des Parteivorstandes

Das Wahlergebnis des 6. September hat eine rege, zum Teil aufgeregte Diskussion über das Programm und die Politik der SPD hervorgerufen. Eine vorläufige Einteilung der Diskussion in verschiedene Gruppen ergibt etwa folgendes Bild:

Es werden organisatorische Änderungen vorgeschlagen mit dem Hauptziel, die politische Willensbildung der Partei auf eine breitere Grundlage zu stellen, durch Einrichtung von Diskussionsgruppen und durch Änderung des Aufbaus der Beschlussskörperschaften der Partei. Daneben wird das Programm selber erörtert, und schließlich werden Wege besprochen, dieses Programm mehr bekannt zu machen, vor allem die Propaganda zu verbessern.

Innerhalb der politischen Diskussion nimmt die sogenannte Grundsatzdiskussion einen Hauptteil ein, die z.B. die Bedeutung marxistischer Lehren für die Sozialdemokratie prüfen oder einfach über Bord werfen möchte, und die das Verhältnis zu den Kirchen angeht. Schließlich gehören hierher die Versuche, politische Einzelfragen klarer und einsehbarer herauszuarbeiten und darzustellen. Hier geht es um wirtschaftspolitische und sozialpolitische Fragen, im wesentlichen um die Verbindung von Planung und Freiheit. Die Diskussion ist keineswegs auf den Kreis der

Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei beschränkt geblieben. Ja, man kann sagen, daß sie außerhalb ihrer Reihen noch ausgedehnter war. Das war oft bloße parteipolitische Taktik. Sie wurde erleichtert dadurch, daß die Diskussion im wesentlichen von denen ausging, die meinten, weitere Wähler außerhalb des "Turms" könnten nur aus Kreisen kommen, die "rechts" von der SPD stünden. Ihre Vorschläge gehen aus vom "Ballast abwerfen", von Symbolabschwörungen, Reduzierung des Sozialismus auf einen Interessentenanspruch oder, was nicht viel besser ist, Konzentrierung auf eine Konfessionalisierung. Das geht unter der Sammelüberschrift "Weg von Marx!" Dadurch soll entweder die SP-Politik nach "rechts" getrieben oder wenigstens für Rechtsstehende anziehender gemacht werden. Was die links stehenden acht Millionen SP-Wähler dazu sagen, ist offenbar uninteressant!

Vom "Apparat" nicht gebremst

Die Diskussion ist von seiten des "Apparats", der von Freund und Feind gleichermaßen "liebepoll" dargestellt wurde, in keiner Weise gelenkt, geschweige denn gebremst worden. Das zeigt nicht mangelndes Interesse an ihr, sondern die Überzeugung, daß eine Erörterung organisatorischer und politischer Prinzipien der Partei nur dann vernünftige Ergebnisse bringen kann, wenn wirklich jeder seine Meinung sagt. Diese Freiheit hatte das Gute, daß man heute glauben kann, in der bisherigen Diskussion sei nichts verschwiegen worden, was die Parteimitglieder zu sagen für nötig hielten. Sie hatte das weniger Gute, daß die so angerogte Spontaneität nicht nur sorgfältig durchdachte Kritiken öffentlich zur Schau stellte.

Dieses weniger gute, nach Lage der Dinge kaum vermeidliche Ergebnis haben die Gegner der SPD mit Behagen verwertet, um ihre eigene Unsicherheit angesichts des "großen Erfolges der Koalition" zu verbergen. Wer nur die Restaurations-Presse liest, der könnte meinen, die SPD sei in eine geistige und politische Verwirrung geraten, die sie nötige, von "hier und heute" an alles neu zu überprüfen, was in den letzten 100 Jahren als richtig gegolten hatte. Man gewinnt den Eindruck, die Diskussion über die SPD sei dazu da, die acht Millionen SP-Wähler zu überzeugen, daß sie am 6. September falsch gewählt hätten.

Verzerrte Gewichtverlagerung

Wir glauben, daß die Diskussion an diesem Punkt bisher versagt hat. Ihr Gewicht ist verschoben und ihr Gesicht verzerrt worden dadurch, daß wir anderen, denen mehr an der Richtigkeit als an der Möglichkeit liegt, darauf aus waren, insbesondere den acht Millionen Wählern der SPD eine Haltung und eine Politik zu zeigen, die sie in der Auffassung bestärkt, daß sie am 6. September richtig gewählt haben. Wir hatten durchaus, wie andere, das Gefühl für notwendige Verbesserungen, dachten aber auch dabei zunächst an die Anhänger unserer Politik, und nicht nur an deren Gegner.

Deshalb waren wir zurückhaltender in der sofortigen Mitteilung unserer noch nicht durch eine ausreichende Diskussion erhärteten Gedanken an die breiteste Öffentlichkeit. Wir sind der Meinung, daß es darauf ankommt, Wahlstimmen und Überzeugungen von rechts nach links

hinüberzuziehen, und nicht die Parteipolitik nach rechts hin zu orientieren. Um das zu vermeiden, muß man aber "links" stehen! Für uns ist es durchaus nicht ausgemacht, daß die SPD an wohlabgewogener "Radikalität" bereits das Äußerste erreicht hat. Die heutige Politik aber bedarf solcher Radikalität, um aus dem opportunistischen, heute vornehmlich oft "pragmatisch" genannten, "Auflesen kleiner Vorteile" im Gefolge des Kalten Krieges der "Großen" herauszukommen. Denn nur die Angst dieser Großen voreinander hat den Deutschen eine eigene Bedeutung vorgetäuscht, deren Ausmaß sich schnell verringern kann, wenn die "Großen" einmal ihre Taktik ändern.

Wir müssen radikal sein

Mit Radikalität meinen wir nicht das Treiben politischer Radikallinken, die durch Lautstärke ersetzen, was ihnen an politischen Gründen abgeht. Radikal sein heißt, den Dingen an die Wurzel gehen. Und das ist heute besonders nötig! Auch wir sind deshalb dafür, Neuerungen zu diskutieren und einzuführen, sowohl organisatorische wie auch programmatische. Das ist übrigens seit Jahrzehnten geschehen! Aber wir halten es für gewagt, aus einer Augenblicksstimmung der Enttäuschung und Verbitterung oder der Gedankenlosigkeit heraus Einsichten über Bord zu werfen, deren grundsätzliche Bedeutung uns gerade durch die Ergebnisse der letzten Jahre bestätigt zu sein scheint.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte man die marxistische Lehre gründlich und wissenschaftlich einwandfrei diskutieren; die Bedeutung der Monopole in unserer Wirtschaft und in unserem Bildungswesen nicht weiter vernachlässigen; eine Politik und Gesetzgebung erarbeiten, die klar und entschieden durchgreifen. Solche Politik wird dem politischen Gegner seine angebliche "Verteidigung der Freiheit" als unglaublich nachweisen, solange so mächtige Monopole und Kartelle ihr Unwesen treiben und den freien Wettbewerb zugunsten seiner privaten Zwecke ausschalten läßt. Auch die potentiellen SP-Wähler werden das begreifen.

Wir brauchen jetzt eine Vertiefung der Diskussion in der Partei, einen verstärkten Ausbau der Bildungseinrichtungen, eine planmäßige Ausbildung und ein Heranholen des Nachwuchses an die Führungsstellen aller Ebenen der Partei. So kann die Partei aus der Diskussion eine richtige Lehre ziehen.

+ + +

Zur Nachahmung empfohlen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Landesbezirk Niedersachsen verzichtet auch in diesem Jahr auf den Versand von Glückwunschaadressen zu den Festtagen. Den dafür ursprünglich angesetzten Betrag überweist der DGB, wie bereits in den vergangenen Jahren, der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

+ + +

Leidenschaften beherrschen Italiens Politik

j.k., -Rom

Bis tief in den Dezember hinein prangten an tausend römischen Häusern die primitiven Kreidezeichnungen: Das Zeichen für "Es lebe Italien", das andere für "Es lebe Triest" und das dritte - ein Galgen für Jugoslawiens Marschall Tito. Nichts hat im Jahre 1953 Italiens Leben so tief beeinflusst, nichts so viel Raum in den Zeitungen beansprucht, nichts die Leidenschaften so hochgepeitscht wie dieser unseelige Kampf um das, was im Friedensvertrag mit Italien als das "Freie Territorium Triest" bezeichnet wurde. Es war nie frei, und es ist schon lange kein einheitliches Territorium mehr.

In die Menge jugendlicher Demonstranten schoss - das geschah im Oktober - auf Triestes Hauptplatz die Polizei. Die steht unter britischem Kommando. Es gab Tote und Verwundete. Es gab einen schweren internationalen Konflikt. Schon zuvor hatte Italiens Ministerpräsident Pella, Chef einer parlamentarisch auf schwachen Füßen stehenden Regierung, Truppen an die jugoslawische Grenze geschickt - und drüben hatte Marschall Tito mit gleicher Münze zurückgezahlt - als glaubte er, man könne heutzutage einen bewaffneten Konflikt in Europa lokalisieren, als wäre nicht jeder Schuß geeignet, einen Weltbrand zu entfesseln. Es waren erregende Wochen. Und der Haß, der gesetzt wurde, lebt und wächst bis zum heutigen Tage. Die Gefahr ist nicht überwunden und die Versuche, alle Beteiligten - nämlich die USA, England, Frankreich, Jugoslawien und Italien - an den Konferenztisch zu bekommen, sind bisher gescheitert.

Entfremdung vom Westen

Politik auf der Grundlage von Leidenschaften ist stets gefahrenvoll. Und ohne Zweifel wurden - und werden - in Italien in dieser Frage die Leidenschaften hochgepeitscht und hochgeputscht. Doch inmitten dieser ans Fanatische grenzenden Empörung wurde ein Vorwurf laut, der an die Vernunft appellierte: Sagt Ihr nicht, Ihr kämpft gegen den Kommunismus, schnüffelt Ihr nicht in Amerika in Akten und Zeugenaussagen, um festzustellen, wor sich je mit Kommunisten eingelassen? Und ist Tito kein Kommunist? Ist Jugoslawien nicht kommunistisch? Gibt es also zwei Sorten Kommunismus und meint Ihr nur den einen der beiden?

Auf diese Frage folgt keine Antwort. Jedermann weiß, daß die Zusagen, die von den Westmächten in den Triester Frage gegeben wurden, nicht eingehalten wurden, und daß sie nicht eingehalten werden konnten, weil sich "das politische Bild" änderte: Zur Zeit der Zusage gehörte Tito zum Moskauer Block; als die Zeit der Erfüllung gekommen wäre, gehörte er, ohne dem Kommunismus abzuschwören, nicht mehr dazu. Aber gerade diese Änderung des politischen Bildes brachte eben diesem Marschall Tito die Abneigung praktisch aller Italiener ein: Denn nun waren auch die Linksextremisten zu seinen Scharfen Gegnern geworden und verfolgten den vom Moskauer Himmel abgefallenen einstigen Erzengel mit Haß und Verachtung.

Wasser auf die Mühle der Faschisten

Als die Polizei im Oktober in Triest auf die jungen Fanatiker schoß, schuf sie Märtyrer. Wahrscheinlich hätten Tränongas und Wasserverwerfer durchaus genügt, aber sturer Militärgoist verlangte nach stärkerer Wirkung. Und indem er diese stärkere Wirkung hervorrief, half er, ohne es in seiner Engstirnigkeit zu begreifen, den fanatischsten unter den Patrioten: Den Faschisten. Nichts hat seit Kriegsende dem Faschismus so viel Wasser auf die Mühlen getrieben wie die robuste Art, in der die Westmächte die Politik um Triest betrieben. Jetzt brauchten die faschistischen Schreier keine abgedroschenen Parolen aus der Kottenkiste zu holen. Neue wurden ihnen franko ins Haus geliefert, und wer nicht in den Ruf kommen wollte, unpatriotisch und ein miserabler Italiener zu sein, mußte, ob demokratisch-christlich eingestellt oder sozialistisch, im Strom der Leidenschaften mitschwimmen. Eine ganze Nation, fünfundvierzig Millionen Menschen, Reiche und Arme, Fromme und Ketzer, sie alle gerieten in Empörung - letzten Endes um eines Gebietes willen, das sie erst zweieinhalb Jahrzehnte besaßen. Denn vorher gehörte es zu jenem Österreich-Ungarischen Reiche, mit dessen Zerstörung 1918 die ewige Unruhe in Europa einzog.

Der Haß lebt weiter

Das Feuer schwelt weiter. Der Haß lebt weiter. Niemand möchte die Kreidezeichen an den Hausmauern mit eigener Hand fortwischen, nicht das Evviva Trioste, nicht den Galgen, an dem eine Tito-Gestalt baumelt. Der leidenschaftliche Kampf um Triest ist zum politischen Lebensinhalt der Nation geworden. Er wirkt stärker als die Streiks. Er wirkt als Ventil, wenn immer es um soziale Fragen geht, die man nicht zu beantworten weiß. Er treibt einen Keil in die dünne Verteidigungsfront der NATO. Und da parallel zu ihm sich der Krieg abspielt zwischen demselben Jugoslawien Titos und der katholischen Kirche, ein Krieg, der kaum weniger leidenschaftlich geführt wird, steht die Kirche in dieser für Europa so gefährlichen Auseinandersetzung in der gleichen Front. Das alte Jahr ging zu Ende, ohne daß eine Besserung, eine Klärung erzielt wurde, und das neue beginnt, ohne daß an die Stelle von Wut, Erregung und Verachtung auch nur in einem der beiden Lager wirklicher Wille zu Verständigung und gemeinsamem Handeln getreten wäre. Freundlich lächelnd und angenehm enttäuscht sieht der Kroml dem Kampfe zwischen seinen beiden Gegnern zu. Wieder einmal kann er zufrieden feststellen, der lachende Dritte zu sein.

+ + +

Neue Zeitschrift der schwedischen Sozialdemokratie

KRK-Stockholm. Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie hat die drei offiziellen Zeitschriften der Partei zu einer einzigen zusammengelagt: "Aktuellt i politik och samhällot" / "Aktuelles in Politik und Gesellschaft", deren erste Ausgabe eben erschienen ist. Sie ist im Tiefdruckverfahren hergestellt, reich bebildert und hat, 20 mal 28 cm, einen Umfang von 16 Seiten. Die Zeitschrift will zugleich Diskussions- und Mitteilungsblatt sein, und die erste Nummer hat nicht nur unter den Funktionären, sondern auch in der breiten Mitgliedschaft der Partei großen Anklang gefunden. Sie wird vierzehntäglich erscheinen. Auch internationale Fragen werden in der neuen Zeitschrift erörtert.

+ + +

Koalition trotz Opposition

F.G.-Wien, Ende Dezember

Ein Jahr ist seit dem Rücktritt des Kabinetts Figl vergangen und das erste Jahr der Regierung Raab endete vor wenigen Wochen mit dem Sturz des tiroler Bauernbündlers Außenminister Gruber und der Berufung des niederösterreichischen Bauernbündlers Figl an dessen Stelle. Zwischen diesen beiden Ereignissen liegen die Februarwahlen, die den beiden großen Parteien, der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs, die gleiche Anzahl Parlamentssitze brachten, in denen sich das Volk eindeutig für die Weiterführung der Koalitionsregierung dieser beiden Parteien aussprach.

Die anfänglichen Bemühungen der ÖVP um eine Dreierkoalition mit dem extrem rechtsgerichteten "Wahlverband der Unabhängigen", um eine Mehrheit gegenüber den Sozialisten zustandezubringen, scheiterten am Widerstand der SPÖ. Einige Tage schien es, als ob es zu einer Zweierkoalition zwischen ÖVP und WdU kommen werde, da die SPÖ entschlossen war, gegen die Teilnahme des WdU an der Regierung in Opposition zu treten. Es bedurfte erst des Druckes der Besatzungsmächte, um die ÖVP davon abzubringen, mit dem, unterdessen durch den Abgang Stübers gespaltenen WdU zusammenzugehen.

Es kam zu Verhandlungen über einen neuen Koalitions пакт zwischen SPÖ und ÖVP. Obwohl die SPÖ einen gewaltigen Stimmenzuwachs erhalten hatte, zeigte sich die ÖVP nicht geneigt, ein Ministerium abzutreten. Schließlich rettete die SPÖ die Situation, die so festgefahren schien, daß man bereits von Neuwahlen sprach, indem sie sich mit der Erstellung von zwei Staatssekretären in ÖVP-Ministerien, darunter dem auswärtigen Amt, begnügte.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien sind grundsätzlicher Art. Die beiderseitige Parteipresse beföhdet sich ständig. Bei jedem Vortrag, in jeder Rede werden gegenseitig Vorwürfe erhoben. Trotzdem arbeitet man zusammen. Es besteht eine gegenseitige Kontrolle, die eine stabile Mittellinie wahrt. Als der Unterrichtsminister fünf Millionen für die Errichtung konfessioneller Schulen verlangte, während die Studiengebühren auf den Hochschulen um das Dreifache erhöht wurden, wurden sie von der Koalitionsregierung nicht bewilligt. Und nachdem der Finanzminister vor wenigen Wochen ein Steuerermäßigungsgesetz einbrachte, das vor allem den Unternehmern und Großverdienern zugute kommen sollte, erreichte man durch die Koalition eine weitgehende Änderung des Entwurfes, so daß auch die kleinen Lohnempfänger begünstigt wurden.

Der Gegensatz zur Lage Deutschlands könnte nicht größer sein. Die rechtsgerichtete ÖVP, die das freie Unternehmertum einschließt, tritt für die Ausweitung des Osthandels ein, da der europäische Osten als "natürliches Absatzgebiet Österreichs" angesehen wird. Die SPÖ, auf der anderen Seite, tritt für die EVG ein. Dies ergibt sich aus der grundsätzlich anderen Besatzungsstruktur: Das Land ist nicht zweigeteilt, auch unter den Alliierten herrscht in Österreich eine Art Koalition trotz ihrer fundamentalen Gegensätze. Wie lange beide Koalitionen bestehen bleiben werden, hängt nicht zuletzt von einer möglichen Einigung zwischen Westen und Osten über die Deutschlandfrage ab, denn Österreich steht nun einmal im Bewußtsein aller Beteiligten im Schatten Deutschlands.

 Verantwortlich: Peter Raunau